

02.10.2015

Die Mitte **CDU**



*Liebe Freunde,*

auch diese Woche stand wieder ganz im Zeichen der Flüchtlingskrise. Die Bundesregierung hat in einer Sondersitzung des Kabinetts am Dienstag dieser Woche das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz verabschiedet.

Ich bin froh, dass wir mit diesem Gesetz nun alle Westbalkanländer als sichere Herkunftsstaaten einstufen werden. Außerdem möchte die Bundesregierung nun schnell konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Asylverfahren deutlich zu beschleunigen.

Mit dem Gesetz wird es unter anderem keine bundeseinheitliche gesetzliche Gesundheitskarte geben und in den Erstaufnahmeeinrichtungen werden künftig Bargeldleistungen durch Sachleistungen ersetzt. Um den wirklichen Kriegsflüchtlingen zu helfen und genügend Kapazitäten zur Verfügung zu haben, ist es wichtig, Fehlanreize zu vermeiden.

Darum spreche ich mich auch gegen Willkommensfeiern aus. Ich bekomme täglich Dutzende Mails von besorgten Bürgern, die nicht mehr wissen, wie es weiter gehen soll. Viele Flüchtlingsunterkünfte sind bereits überbelegt. Unsere organisatorische und auch gesellschaftliche Aufnahmekapazität ist bereits erreicht. Viele der Bürger, die mir schreiben, engagieren sich selber in der Flüchtlingshilfe, wissen aber aufgrund der schieren Masse nicht mehr, wie das Land und ihre Kommunen mit diesem Ansturm fertig werden sollen. Durch Willkommensfeiern senden wir die falschen Signale, die durch die Medien auch in den Balkanländern ankommen. Die Asylbewerber von dort, die in keiner Weise verfolgt werden, bekommen dadurch den Eindruck, dass in Deutschland jeder willkommen ist. Wirtschaftsflüchtlinge haben allerdings kein Anrecht auf Asyl. So kommt es auch, dass in Deutschland derzeit rund 190.000 unmittelbar ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber leben. Wir brauchen aber alle verfügbaren Kapazitäten für die wirklichen Kriegsflüchtlinge, die Schlimmes durchgemacht haben und denen wir Schutz vor Terror und Verfolgung gewähren wollen. Für vollziehbar Ausreisepflichtige, die schuld-

haft nicht ausgereist sind, wird es in Zukunft daher auch zu Leistungseinschränkungen kommen. Abschiebungen dürfen auch nicht mehr sechs, sondern nur noch drei Monate ausgesetzt werden.

Ich freue mich, wie viele engagierte Bürger mit anpacken und den Flüchtlingen helfen. Gerade das Thema Integration ist mir ein wichtiges Anliegen. Es ist wichtig, dass die Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive schnell Deutsch lernen und unsere Gepflogenheiten und Werte kennen lernen, damit sie sich leichter und schneller integrieren können. Statt Willkommensfeiern zu feiern, sollten wir lieber die praktische Hilfe für Kriegsflüchtlinge ausbauen. Es ist viel wichtiger, sie schnell in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu integrieren und geeigneten Wohnraum für sie zu finden. Hier ist das Engagement der Bürger eine wichtige Stütze und sehr lobenswert.

Es ist gut, dass wir mit dem neuen Gesetz das Verbot der Leiharbeit für Asylbewerber kippen werden. Trotzdem sind die bürokratischen Hürden für den Berufseinstieg von Asylbewerbern noch zu hoch. Durch zahlreiche Gespräche mit Unternehmen aus meinem Wahlkreis weiß ich, welche organisatorischen Anstrengungen hinter der Einstellung eines Asylbewerbers stecken. Hier müssen wir noch deutlich mehr tun, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Ich habe große Hoffnungen, dass wir mit dem neuen Gesetz die Flüchtlingskrise in den Griff bekommen werden. Dennoch kann der Gesetzentwurf nur ein erster, wichtiger Schritt zur Lösung der Krise sein und ich werde mich weiter dafür einsetzen pragmatische und unbürokratische Lösungen zu finden, um diese Krise in den Griff zu bekommen

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr/Euer

## 25 Jahre Deutsche Einheit

Wir feiern in dieser Woche den Tag der Deutschen Einheit und damit 25 Jahre Wiedervereinigung unseres Landes. Der 3. Oktober 1990 ist einer der glücklichsten Tage unserer Geschichte. Er bildete den Schlusspunkt der friedlichen Revolution, durch die sich die Deutschen in der DDR heldenhaft von der Herrschaft der SED befreiten und die Einheit unseres Vaterlandes ermöglichten.

Im Rückblick ist gut abzulesen, was die Zeitgenossen gespürt haben: Der Wille und Wunsch der Menschen in Deutschland, wieder in einem freien und vereinten Land zusammenzuleben, brach sich Bahn. Bundeskanzler Helmut Kohl hat diesen Wunsch im Gespräch mit Michael Gorbatschow mit dem Rhein verglichen, dem man den Weg zum Meer nicht verstellen könne. Er hat es verstanden, unseren Nachbarn die Ängste vor einem wiedervereinigten Deutschland zu nehmen. Er hat gleichzeitig mit seinem Zehn-Punkte-Plan im Herbst 1989 schon früh ein Konzept für den Weg zur Einheit entwickelt.

Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind noch nicht alle Herausforderungen überwunden.

Ganz Deutschland trägt weiterhin an den Folgen der menschenverachtenden und vielfach verbrecherischen Diktatur der SED. Zweifellos ist noch viel zu leisten. Gleichwohl haben die ostdeutschen Länder einen enormen Aufholprozess hinter sich. Wir sind dankbar für das Großartige, was wir in den letzten 25 Jahren gemeinsam erreicht haben.

25 Jahre wiedervereinigtes Deutschland sind ein Grund und Anlass zur Freude. Denken wir dieser Tage einmal an das Gewonnene, an die Freiheit und die Möglichkeiten unseres wiedervereinigten Landes. Wir haben unseren Platz in der EU gefunden, sind in der NATO fest verankert und sind ein international geachtetes Land. Deutschland ist heute, 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, ein Land des Friedens, der Stabilität und der Menschenrechte. Dazu haben die Kanzler der Union, allen voran Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis zu Angela Merkel, Entscheidendes beigetragen. Beides ist ein Grund zur Freude in diesem Jahr 2015.

## Startups schaffen Jobs

Deutsche Startups tragen auch weiterhin dazu bei, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Knapp 94 Prozent der Gründer gaben im Rahmen der Befragung zum Deutschen Startup Monitor 2015 an, in den kommenden 12 Monaten weitere Mitarbeiter einstellen zu wollen. Im Schnitt sind dabei 8,3 neue Stellen pro Jungunternehmen geplant. Derzeit arbeiten in jedem Startup drei Jahre nach Gründung durchschnittlich 17,6 Personen. Die Startups agieren dabei

international: Lediglich 37,7 Prozent sind derzeit ausschließlich auf dem deutschen Markt tätig, 38,2 Prozent agieren innerhalb Europas und 25,2 Prozent sind sogar darüber hinaus tätig. 62 Prozent der Startups, die zurzeit ausschließlich in Deutschland aktiv sind, planen eine Internationalisierung. Das schlägt sich auch in der Beschäftigung nieder: Knapp 10 Prozent der Gründer und 22 Prozent der Arbeitnehmer in Startups kommen nicht aus Deutschland.

## Zu Besuch in Berlin

Am Mittwoch bekam ich Besuch aus meiner Zeit als Langwedler Bürgermeister: mein ehemaliger Vertreter im Amt, Rolf Korb, hat mich zusammen mit seiner Frau Andrea und einem befreundeten Ehepaar hier in Berlin besucht.

Natürlich habe ich es mir nicht nehmen lassen, die Gruppe persönlich durch die Räume des Bundestages und durch den Reichstag zu führen.

Rolf hat mich in Langwedel bei der Verwaltungsführung und der gesetzlichen Vertretung der Gemeinde in Rechts- und Verwaltungsgeschäften immer gut vertreten und ich habe die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit mit Rolf positiv in Erinnerung behalten. Ich denke gerne an meine Zeit als Bürgermeister von Langwedel zurück und freue mich, mit den Mitarbeitern von damals noch einen guten Kontakt zu haben. Ich habe mich sehr über die Möglichkeit gefreut, ein wenig über die Kommunalpolitik in Langwedel plaudern zu können, die dort derzeit sehr schwierig ist, und Rolf wiederzusehen.



**Büro Berlin:**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 22 77 10 18**

**E-Mail: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)**

**Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)**

Redaktion: Sebastian Fischer